

Bericht der Erkundungsmission nach Zimbabwe zur Einschätzung von Ziel und Auswirkungen der Operation Murambatsvina

Erstattet von der UN-Sondergesandten zu Fragen menschlicher Ansiedlung in Zimbabwe, Mrs. Anna Kajumulo Tibaijuka
(Übergeben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen am 22. Juli 2005)

Zusammenfassung (Auszug)

Am 19. Mai 2005 hat die Regierung Zimbabwes – mit wenig oder gar keiner Vorwarnung – eine Operation zur "Säuberung" ihrer Städte begonnen. Es war eine "crash"-Operation, bekannt als "Operation Murambatsvina", in diesem Report als "Operation Ordnung Wiederherstellen" bezeichnet. Sie begann in Zimbabwes Hauptstadt Harare und entwickelte sich schnell zu einer landesweiten Abriss- und Zwangsräumungskampagne, die von Polizei und Armee durchgeführt wurde. Im Volksmund wurde sie – wegen ihrer Geschwindigkeit und Heftigkeit – "Operation Tsunami" genannt. Sie hatte als Ergebnis die Zerstörung von Behausungen, Geschäftsräumen und Verkaufsstellen. Schätzungsweise etwa 700 000 Menschen in den Städten überall im Lande haben ihre Behausungen oder ihre Einkommensquellen oder beides verloren. Indirekt sind weitere 2,4 Millionen Menschen in verschiedenem Grade betroffen. Man hat Hunderttausende von Frauen, Männern und Kindern obdachlos gemacht, ohne Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser, sanitären Einrichtungen oder Gesundheitsversorgung. Die Ausbildung von Tausenden von Schulkindern ist unterbrochen worden. Viele Kranke, u.a. solche mit HIV und AIDS, haben keinen Zugang mehr zu Versorgung. Die ganz große Mehrheit der direkt oder indirekt Betroffenen sind die armen und benachteiligten Teile der Bevölkerung. Sie stecken jetzt noch tiefer in Armut, Mangel und Elend und sind noch verwundbarer gemacht worden.

Die Operation Ordnung Wiederherstellen fand in einer Zeit statt, die durch andauernde Haushaltsdefizite, dreistellige Inflationsziffern, kritische Nahrungsmittel- und Brennstoffengpässe und chronische Devisenknappheit gekennzeichnet ist. Sie wurde in einem stark polarisierten politischen Klima durchgeführt, das durch Misstrauen, Furcht und fehlenden Dialog zwischen Regierung und lokalen Autoritäten und zwischen ersterer und der Zivilgesellschaft charakterisiert ist. Es gibt keinen Zweifel, dass die vorläufige Einschätzung, die dieser Bericht enthält, nur ein partielles Bild der weitreichenden und langfristigen sozialen, ökonomischen, politischen und institutionellen Konsequenzen zeichnet.

Zur Einschätzung von Zielen und Auswirkungen der Operation und der Reaktionsmöglichkeit der Regierung Zimbabwes und der humanitären Gemeinschaft traf die Delegation der Sondergesandten – unterstützt durch das UN-Landesteam – mit Präsident Mugabe, einer Reihe von Kabinettsmitgliedern und verschiedenen Personen und Institutionen zusammen. Darunter befanden sich Amtsträger der Zentralregierung und der lokalen Instanzen, politische Parteien, religiöse Führer, Organisationen der Zivilgesellschaft, des privaten Sektors, Berufs- und Wirtschaftsverbände, Universitätsangehörige, die Geber- und humanitäre Gemeinschaft wie auch einige der von der Operation Betroffenen. Die Delegation erhielt außerdem Informationen durch hunderte von schriftlichen Eingaben und Zeugnissen, offizielle Unterlagen und rechtliche Dokumente, Interviews, Artikel und Berichte in den Medien und bei Ortsbesichtigungen im ganzen Land. Darüber hinaus war die Delegation Augenzeugin des Prozesses von Abriss und Zwangsräumung und traf viele der Opfer dieses Prozesses.

Folgendes sind die Ergebnisse der Sondergesandten und ihre Implikationen:

(I) Die Operation Ordnung Wiederherstellen, die vorgab, es auf illegale Unterkünfte und Strukturen abgesehen zu haben und gegen angeblich unerlaubte Aktivitäten vorzugehen, wurde in einer willkürlichen und ungerechtfertigten Weise durchgeführt, gleichgültig gegen menschliches Leiden und in wiederholten Fällen in Missachtung verschiedener Bestimmungen der nationalen und internationalen gesetzlichen Vorgaben. Es müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden, die verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und diejenigen zu entschädigen, die Eigentum und Lebensunterhalt verloren haben. Gleichzeitig müssen andere vertrauensbildende Maßnahmen ergriffen werden, um den Dialog zwischen der Regierung Zimbabwes und der Zivilgesellschaft wieder in Gang zu bringen.

(II) Selbst wenn sie durch den Wunsch motiviert war, so etwas wie Ordnung in die chaotischen Manifestationen von schneller Urbanisierung und wachsender Armut zu bringen, die für afrikanische Städte charakteristisch sind, so hat sich Operation Ordnung Wiederherstellen doch als ein katastrophales Unternehmen erwiesen, das auf einer Reihe von Gesetzen und Praktiken der Kolonialzeit basierte, die als Instrumente von "Rassen"trennung und sozialem Ausschluss dienten. Es ist dringend notwendig, diese überholten Gesetze außer Kraft zu setzen und so schnell wie nur möglich zu überarbeiten, um die Nachhaltigkeit der erforderlichen humanitären Reaktion zu sichern und den Rahmen für einen materiell wirksamen Wiederaufbau und die Wiederherstellung von Möglichkeiten des Lebensunterhalts zu schaffen.

(III) Die humanitären Konsequenzen der Operation Ordnung Wiederherstellen sind enorm. Es wird einige Jahre dauern, bevor die Menschen und die Gesellschaft als ganze sich davon erholen werden. Es ist notwendig, dass die Regierung Zimbabwes umgehend den praktisch existierenden Notstand anerkennt, der sich daraus ergeben hat und dass sie der humanitären und internationalen Gemeinschaft ungehinderten Zugang zur Unterstützung der Betroffenen gestattet. Vordringlicher Bedarf besteht u.a. für Schutz gegen die Witterung und non-food-items, für Nahrungsmittel und Dienste der Gesundheitsversorgung.

(IV) Jede humanitäre Reaktion kann nur wirksam und nachhaltig sein, wenn sie zu den langfristigen Anstrengungen von Regierung und Volk für Erholung und Wiederaufbau beiträgt. Zimbabwe ist kein Land im Kriegszustand und es bleibt friedlich. Nach afrikanischen Maßstäben hat es eine materielle Infrastruktur, die in gutem Zustand ist. Die internationale Gemeinschaft sollte die Regierung Zimbabwes beauftragen und ihr helfen, einige der Probleme und ursächlichen Faktoren, die zu der gegenwärtigen Notlage geführt haben, anzugehen. Dazu gehören zuerst und vor allem das Fehlen gesicherter Rechtstitel für die Armen. Dazu gehören weiterhin widersprüchliche und überholte politische Konzepte für Behausung und Stadtentwicklung, sich überschneidende Regelungskompetenzen und das Fehlen einer klaren Abgrenzung zwischen der zentralen und lokalen staatlichen Sphäre und ebenso die mangelnde Respektierung der jeweiligen Rollen und Kompetenzen. Die erforderliche humanitäre Reaktion bietet eine einzigartigen Einstieg dafür, die Bereitstellung von vorübergehenden Schutzmaßnahmen gegen die Witterung und andere Formen humanitärer Unterstützung mit sofortiger Statussicherheit für alle Betroffenen zu verbinden und den Boden dafür zu bereiten, Fehler und inhärente Schwächen in der Regierungsweise zu überwinden.

In Hinblick auf das oben Gesagte schlägt die Sondergesandte dem Generalsekretär vor, folgende Empfehlungen in Betracht zu ziehen:

....

Empfehlung 1: Geschätzte 700 000 Menschen in den Städten im ganzen Land haben entweder ihre Behausung oder ihren Lebensunterhalt oder beides verloren. Die Regierung Zimbabwes sollte umgehend jeden weiteren Abriss von Behausungen und informellen Geschäften einstellen und die Bedingungen für nachhaltige Hilfe und Wiederaufbau zugunsten der Betroffenen schaffen.

Empfehlung 2: Es ist dringend notwendig, dass die Regierung Zimbabwes humanitäre Maßnahmen unter politischen Rahmenbedingungen ermöglicht, welche die Bedürfnisse von Armen und Frauen besonders berücksichtigen und Statussicherheit, erschwingliche Unterkünfte, Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen gewährleisten. Ebenso muss das Betreiben von einkommenschaffenden Tätigkeiten auf kleiner Stufe in einem geregelten und unterstützenden Umfeld gewährleistet sein.

.....

Empfehlung 4: Es besteht die dringende Notwendigkeit zum Dialog zurückzukehren und Vertrauen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen und zwischen Regierung und Zivilgesellschaft wiederherzustellen. Dieser Prozess sollte aus einer breit angelegten Beratung unter allen zimbabwischen Beteiligten hervorgehen.

.....

Empfehlung 5: Die Regierung Zimbabwes ist kollektiv verantwortlich für das, was geschehen ist. Dennoch hat es anscheinend sowohl hinsichtlich der Konzeption als auch der Durchführung der Operation Ordnung Wiederherstellen keine kollektive Entscheidungsfindung gegeben. Beweismaterial legt nahe, dass sie auf dem falschen Rat einiger weniger Urheber der Operation beruhte. Volk und Regierung Zimbabwes sollten diejenigen zur Verantwortung ziehen, die für das durch die Operation verursachte Unrecht verantwortlich sind.

Empfehlung 6: Die Regierung Zimbabwes sollte mit gutem Beispiel vorangehen und an der Rechtsstaatlichkeit festhalten, bevor sie von den Bürgern glaubwürdig Gleiches verlangen kann. Operation Ordnung Wiederherstellen hat sowohl nationale wie internationale gesetzlich garantierte Menschenrechte hinsichtlich Zwangsräumungen verletzt und damit eine humanitäre Krise ausgelöst. Die Regierung Zimbabwes sollte, wo es angebracht ist, Entschädigung für diejenigen zahlen, deren Eigentum ungesetzlich zerstört wurde.

.....

Empfehlung 9: Operation Ordnung Wiederherstellen hat eine humanitäre Krise ungeheuren Ausmaßes ausgelöst. In einer offenkundigen Reaktion darauf hat die Regierung Zimbabwes ein Gegenprogramm gestartet, die Operation Garikai (Wiederaufbau und Neuaufbau). Die Regierung hat, selbst bei größten Anstrengungen, ohne die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft nur beschränkte Kapazitäten, den Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung voll gerecht zu werden. Die Vereinten Nationen sollten deshalb mit der Regierung Zimbabwes dabei zusammenarbeiten, sofortige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu mobilisieren, um weiteres Leiden abzuwenden und sie sollten die Regierung ermutigen, die Bedingungen für nachhaltige Hilfe und Wiederaufbau für die Betroffenen zu schaffen.

.....

Empfehlung 11: Obwohl möglicherweise ein Fall von Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach Artikel 7 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs schwer zu vertreten wäre, hat die Regierung Zimbabwes doch eindeutig schwerwiegendes Leid für große Teile der

Bevölkerung verursacht, das jetzt mit Hilfe der Vereinten Nationen und der weiteren internationalen Gemeinschaft wiedergutmacht werden muss. Die internationale Gemeinschaft sollte die Regierung darin bestärken, gegen all diejenigen Strafverfolgung einzuleiten, die diese Katastrophe ins Werk gesetzt haben. Und ebenso gegen diejenigen, die strafbare Fahrlässigkeit geübt haben, die zu Todesfällen geführt haben soll, wenn das durch eine unabhängige interne Untersuchung bestätigt wird. Die internationale Gemeinschaft sollte dann fortfahren, sich mit Menschenrechtsanliegen in Zimbabwe in konsensbildenden politischen Foren wie der UN-Kommission für Menschenrechte oder ihrem Nachfolger, dem Peer Review Mechanismus der Afrikanischen Union, und in der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika SADC zu befassen.

.....

Empfehlung 12: Operation Ordnung Wiederherstellen muss im breiteren Rahmen der Urbanisierungskrise in Afrika gesehen werden. Es wird empfohlen, dass die internationale Gemeinschaft aus der Krise in Zimbabwe Lehren für den ganzen afrikanischen Kontinent zieht und aktiv die Durchführung der Habitat Agenda unterstützt. Sie ist ein Weckruf an die internationale Gemeinschaft, dass ohne einen stärkeren gemeinsamen Vorstoß zur Förderung von Nachhaltigkeit im städtischen Lebensumfeld (Millenniumsdeklaration, Ziel 7, Zielvorgabe 10 zu Wasser und sanitären Einrichtungen und Zielvorgabe 11 zur Vorbeugung und Verbesserung von Slums) die anderen Länder Afrikas leicht eher früher als später eine weitere "Operation Ordnung Wiederherstellen" erleben könnten.

(Übersetzung: Zimbabwe Netzwerk)

Auf die Straße gesetzt und aufgegeben

Innerhalb des Landes Vertriebene im Gefolge von Operation Murambatsvina

Human Rights Watch December 2005 Vol. 17, No. 16 (A)

Zusammenfassung (Auszug)

Im September /Oktober 2005 hat Human Rights Watch erneut eine Untersuchungsgruppe nach Zimbabwe geschickt ... Die Teilnehmer der Delegation führten Ortsbesichtigungen an vielen Stellen in 4 von Zimbabwes Provinzen durch und führten über fünfzig Interviews mit im Lande Vertriebenen, mit Menschenrechtsaktivisten, lokalen staatlichen Stellen, Rechtsanwälten, Vertretern von Kirchen, Vertretern von lokalen und internationalen humanitären Organisationen und dem Mitarbeiterstab der Vereinten Nationen.

.....

Der Bericht der UN-Sondergesandten kam zu dem Ergebnis, dass die Operation (Murambatsvina) " eine humanitäre Krise ungeheuren Ausmaßes ausgelöst hat" und appellierte an die Regierung Zimbabwes, "den de facto-Notstand anzuerkennen und dringend Maßnahmen einzuleiten, welche die Bereitstellung von Hilfe für die Opfer sicherstellen." Der Appell der Sondergesandten wurde von anderen UN-Experten wiederholt, darunter auch dem Beauftragten des Generalsekretärs für die Menschenrechte von im Inland Vertriebenen.

Die Regierung Zimbabwes hat jedoch diese Appelle und Empfehlungen ignoriert und sich fortgesetzt ihren Verpflichtungen aus dem Völkerrecht entzogen. Bis zum heutigen Tage hat die Regierung sich geweigert das Ausmaß der Krise anzuerkennen, die durch die

Zwangsräumungskampagne ausgelöst wurde und hat fortgesetzt in eklatanter Weise die Menschenrechte der durch Operation Murambatsvina vertriebenen Menschen verletzt.

6 Monate nach Beginn der Krise hat die Regierung keine Anstalten für vorläufige Schutzmassnahmen für die im Lande Vertriebenen getroffen, von denen viele Tausende nach wie vor unter freiem Himmel, auf ungenutzten Feldern oder im Busch leben; oder sich rudimentären Schutz aus den Trümmern zerstörter Häuser fabriziert haben oder sich in winzige Räume quetschen mit Familienangehörigen, die sich bereit erklärt haben, ihnen Obdach zu gewähren.

Die Regierungsoperation Garikai – ein Neubauprogramm, das vorgeblich eingeleitet wurde, um für diejenigen Wohnraum zu schaffen, die aufgrund der Zwangsräumungen ihr Obdach verloren haben – hat in der Realität wenig zu tun mit dem Bemühen, die im Lande Vertriebenen zu unterstützen. Die Kriterien für die Zuteilung von Behausungen nach dem Programm, die den Nachweis von formaler Beschäftigung, ein bestimmtes Gehalt und die Zahlung einer Einlage zu Beginn und monatlicher Raten umfassen, machen diese Behausungen für die ganz große Mehrheit der Vertriebenen unerschwinglich.

Die Regierung hat auch wenig getan, um die im Lande Vertriebenen mit anderen lebenswichtigen Formen der Unterstützung zu versorgen, mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser, sanitären Einrichtungen und Gesundheitsdiensten. Sie hat sich auch nicht um die verzweifelte Situation gefährdeter Gruppen – Witwen, Waisen, Haushalte mit Frauen oder Kindern als Haushaltsvorstand, chronisch Kranke und Alte – gekümmert, für die die Austreibungen eine ganz besondere Härte bedeuteten.

In eklatanter Missachtung der Empfehlungen der UN-Sondergesandten und der Forderungen des Völkerrechts, wie sie sich in den Leitsätzen über Vertreibungen innerhalb eines Landes finden, hat die Regierung Zimbabwes internationalen humanitären Organisationen den Zugang zu der Mehrheit der innerhalb des Landes Vertriebenen verweigert, und bewusst die Bereitstellung von internationaler Unterstützung und Schutz für sie blockiert. Die staatlichen Autoritäten haben die Vereinten Nationen und andere internationale Organisationen daran gehindert Zelte und andere vorläufige Schutzmaßnahmen zur Verfügung zu stellen und Nahrungsmittel an die Opfer der Räumungen zu verteilen.

Zimbabwes staatliche Stellen wirken auch dabei zusammen, die Opfer der Räumungen dazu zu zwingen die Städte zu verlassen und in die ländlichen Gebiete zu gehen. In verschiedenen Gegenden im ganzen Lande hat die zimbabwische Polizei die im Lande Vertriebenen bedroht, schikaniert oder geschlagen und sie gezwungen in die ländlichen Gebiete umzuziehen, wo viele von ihnen keine Heimstätte oder Familie haben und wo die Versorgung mit sozialen Diensten und die ökonomischen Chancen minimal sind. In Furcht vor weiterer Vertreibung verstecken viele sich tagsüber und kehren nur nachts zu den Plätzen, wo sie sich vorläufig niedergelassen haben, zurück, um so der Entdeckung und Schikanie durch die Polizei zu entgehen. Darüber hinaus hat die Regierung versucht die Umsiedlung dadurch zu erzwingen, dass sie sicherstellte, dass internationale Hilfe denen nicht zugute kam, die sich entschieden in den städtischen Gebieten zu bleiben und indem sie die Nahrungsmittelpakete als Anreiz für Familien einsetzte, sich in die Dörfer zu begeben.

.....

(Übersetzung: Zimbabwe Netzwerk)